

Soziale Wählergemeinschaft Krummhörn

Fraktion im Gemeinderat der Gemeinde Krummhörn

Verehrte Frau Bürgermeisterin, Herr Ratsvorsitzender, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit dem heute zu verabschiedenden Doppelhaushalt verhält es sich ein bisschen wie mit dem Kaninchen, das vor der Schlange sitzt. So wie das Kaninchen gelähmt und starr der drohenden Gefahr gegenübersteht so blicken wir könnte man meinen, auf unseren Haushalt.

Wir leben in wahrlich turbulenten Zeiten, in denen Ungewissheit und Unbeständigkeit zu den Begleitern des Alltags geworden sind.

Ein Großteil der Risiken und Herausforderungen kommt dabei sicher von außen, hier zu nennen die zusätzlich übergestülpten Aufgaben, als auch die Transferleistungen und die rasant steigenden Zinsen, die vieles aus den Fugen geraten lassen. Doch Handlungsspielräume um darauf zu reagieren, sollten wir uns hier nicht selber nehmen. Wir sollten nicht im Zustand der Verdrängung verharren und unseren Haushalt behandeln, wie einen Pott Spielgeld am Monopoly-Tisch.

Komme ich nun zur allgemeinen Finanzlage unserer Gemeinde. Nachdem wir bereits das aktuelle Jahr **2023** nicht mit einem großen Hurra abschließen werden, setzt sich dieser Abwärtstrend in unserem Doppelhaushalt **2024/25** fort. Der Ergebnishaushalt **2024/25** kann nicht ausgeglichen werden. Wir können unsere Verpflichtung des Haushaltsausgleiches nur erfüllen, indem wir unsere Fehlbeträge mit Überschussrücklagen der letzten 10 Jahre, verrechnen.

Im kommenden Jahr wird mit einem Defizit von **4,34 Mio. €** geplant und für **2025** mit einem Defizit von **5,26 Mio. €**.

Zwar können diese genannten ca. **9,6 Mio. €** in voller Höhe durch die Ausgleichsrücklagen wie bereits erwähnt gedeckt werden, allerdings bedeutet dieses auch, dass damit alle Rücklagen verbraucht sind, wir uns, sollten alle geplanten Investitionen umgesetzt werden, **2025** bei einer Verschuldung von **38 Mio. €** befinden. Spätestens dann werden unsere finanziellen Spielräume als auch unsere Entscheidungen sehr begrenzt sein, da uns dann ein Haushaltssicherungskonzept auferlegt wird und die Umkehr für mehr finanziellen Spielraum, nur schwerlich möglich sein wird. Dazu kommt jetzt der Umstand hinzu, dass die Party des billigen Geldes vorbei ist.

Wir haben zwar in den letzten Jahren günstige Kredite aufgenommen, die uns noch eine Weile über die Runden retten, aber jede neue Kreditaufnahme und jede Umschuldung werden schmerzhaft Löcher in das Finanzgefüge reißen.

Die Auswirkungen der steigenden Zinsen spüren wir schon heute in der Baubranche, die geradezu implodiert und die Bautätigkeit rasant schrumpfen lässt. Der Cocktail aus hohen Boden- und Baukosten in Verbindung mit steigenden Zinsen ist eine explosive Mischung. Verlässliche Kalkulationen und Angebote, aber auch Finanzierungen rücken dadurch oft in weite Ferne. Ohne entsprechende Gegenmaßnahmen werden wir mit einem regelrechten Bauexitus konfrontiert sein.

„Wir müssen jetzt damit beginnen unsere Prioritäten neu zu ordnen, um die vielfältigen Aufgaben einigermaßen bewältigen und um unsere Handlungsfähigkeit als Gemeinde so gut es eben geht, erhalten zu können“. Dazu sind wir allein schon unserer Nachfolgenerationen verpflichtet.

Darum hätten wir uns es zusammen mit der CDU gewünscht, wie bereits bei den Haushaltsberatungen vorgetragen, dass wir zunächst in einer „**Haushaltskonsolidierungsgruppe**“ über alle Fraktionen hinweg zusammen mit der Verwaltung Prioritäten setzen und nicht, wie heute geplant, einen Haushalt mit einer rasanten Neuverschuldung auf dem Weg bringen um anschließend eine Gruppe zu bilden, die schauen soll, wo Einsparungen möglich sind.

Der griechische Staatsmann Perikles sagte einmal: „Es ist nicht unsere Aufgabe die Zukunft vorher zu sagen, sondern gut auf sie vorbereitet zu sein.“

In der Schlussbetrachtung wiegt der fehlende Prozess für eine Prioritätensetzung bei den freiwilligen Ausgaben, als auch eine fehlende gemeinsame Beratung über mögliche Einsparungen für uns so schwer, dass wir dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2024/2025 nicht zustimmen werden.